

Politik gibt Signal für Bundeswehrgelände

Ausschuss stimmt Planung und Kostenbeteiligung zu

Von unserem Redakteur
Ralf Michel

ACHIM. Es war ein mühsamer Schritt, aber der Wirtschaftsausschuss ist ihm gegangen: Mehrheitlich stimmte das Gremium am Montagabend für die öffentliche Auslegung der überarbeitenden Planentwürfe zur Nutzung des ehemaligen Bundeswehrgeländes in Achim, vor allem aber dafür, dass die Stadt sich an den Kosten beteiligt.

Eigentlich sollte die gesamte Umwandlung des Bundeswehrgeländes die Stadt Achim nichts kosten. Doch dem ursprünglichen Konzept des Investors standen Belange des Naturschutzes entgegen, er musste seine Pläne massiv ändern. Aus den ursprünglich vorgesehenen 320 Wohneinheiten wurden zum Beispiel 160.

Dies aber hatte Auswirkungen auf das Finanzierungskonzept. Von der „Kostenneutralität“ für die Stadt Achim ist im neuen Entwurf nicht mehr die Rede. Die Stadtverwaltung spricht von etwa 700 000 Euro Kostenbeteiligung für die Anbindung der Haupterschließungsstraße an die Landesstraße 156 sowie rund 500 000 Euro für den Flächenbedarf für Ausgleichsmaßnahmen.

Der CDU schmeckt das nicht. Es sei überhaupt nicht erkennbar, was genau an Kosten auf die Stadt zukäme, bemängelte CDU-Fraktionschef Ulrich Rehlich die Sitzungsvorlage der Verwaltung. Insbesondere beim Thema Ausgleichsflächen entstehe der Eindruck, „die Kosten bei der Stadt, die Gewinne beim Investor“. Zudem fehlten Rehlich konkrete Angaben zum Scheitern des angedachten Flächentausches für die Sportanlage des TSV Uesen. Hier werde etwas „lapidar unter den Tisch gekehrt“, was vom Rat noch nicht vernünftig beraten wurde.

Die SPD sieht das anders. Die ursprüngliche Variante sei nun einmal vom Tisch. Das sei zwar bedauerlich, müsse aber akzeptiert

werden, argumentierte der Fraktions-Vorsitzende Herfried Meyer. Über einzelne Punkte sei zwar noch mit dem Investor zu verhandeln – auch die SPD lehnt die Übernahme der Kosten für Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Bundeswehrgeländes ab – grundsätzlich aber müsse die Politik Farbe bekennen. „Für den Investor muss heute erkennbar sein, was der Rat will.“

Auch Michael Schröter (Grüne) hielt Details der vorliegenden Planung für bedenklich, forderte aber ein Signal für den Investor. „Wenn wir das jetzt nicht auf die Reihe kriegen, haben wir keinen Investor mehr.“ Ähnlich argumentierte Wolfgang Heckel von der Wählergemeinschaft Achim. Bei allen Bauchschmerzen über die Kosten für die Stadt müsse man ein Signal setzen, was man nach nunmehr acht Jahren wolle. Für dieses Signal sprach sich auch Elke Predehl-Kowski (FDP) aus. Aber nur, was den grundsätzlichen Kurs angehe. Über alles andere, insbesondere die Kostenbeteiligung der Stadt, müsse noch verhandelt werden. „Die plötzliche zeitliche Zuspitzung und die Belastung in Millionenhöhe widerstreben mir total.“

Die SPD regte zwei Arbeitsaufträge für die Verwaltung an. Zum einen soll sie mit dem Investor über die Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen verhandeln, zum anderen mit dem Landkreis über den Einsatz von EU-Fördermitteln sprechen.

Hiermit war der Weg für eine mehrheitliche Zustimmung des Fachausschusses geebnet. „Wir akzeptieren im Grundsatz, dass wir das Verfahren fortsetzen, aber wir müssen über die Details verhandeln“, fasste Bürgermeister Kellner den Tenor im Ausschuss zusammen. SPD, Grüne und Wählergemeinschaft konnten damit leben, die CDU blieb hinsichtlich der Kostenbeteiligung der Stadt bei ihrer Ablehnung, stimmte der Auslegung der überarbeiteten Planentwürfe aber ebenfalls zu.